



Energie für Bayern

Kernbotschaften der IHK

Auf einen Blick

Die Neuausrichtung der deutschen Energie- und Klimapolitik stellt die bayerische Wirtschaft vor große Herausforderungen. Die Bundesregierung strebt eine Reduktion der CO₂-Emissionen i. H. v. 80 % bis 95 % bis zum Jahr 2050 an. Durch den geplanten Kernkraft- und Kohleausstieg bis 2022 bzw. 2038 kommt es zu einer deutlichen Reduktion der Kraftwerksleistung in Deutschland. Um die Versorgungssicherheit in Süddeutschland zu gewährleisten, müssen bereits in erheblichem Umfang Redispatch- und Einspeisemanagementmaßnahmen durchgeführt und Gaskraftwerke zur Netzstabilisierung installiert werden. Allein die Kosten für Redispatch- und Einspeisemanagement belaufen sich 2020 auf voraussichtlich 1,8 Mrd. Euro. Parallel steigen die deutschen Strompreise seit Jahren, getrieben durch Umlagen, Abgaben und Steuern. Mittlerweile sind die deutschen Industriestrompreise die höchsten in Europa. Durch die Gefahr einer Aufteilung Deutschlands in mehrere Strompreiszonen würden die Strompreise in Bayern noch weiter steigen. Es stellt sich somit die Frage, welche Maßnahmen geeignet sind, um zukünftig eine bezahlbare, sichere und umweltverträgliche Energieversorgung zu gewährleisten.

Netzausbau als Schlüsselement der Energiewende

Übertragungsnetze zügig ausbauen

Um langfristig eine sichere und preislich wettbewerbsfähige Stromversorgung für Bayern zu gewährleisten, ist ein schneller Ausbau der Übertragungsnetze von Nord- nach Süddeutschland einschließlich der beiden in Bayern endenden HGÜ-Leitungen dringend erforderlich. Hierdurch kann mehr CO₂-freier Strom aus Offshore-Windanlagen in Bayern genutzt, mehr Solarstrom aus Bayern nach Norddeutschland geleitet werden und es verbessert sich die Versorgungssicherheit auf beiden Seiten. Eine ifo-Studie im Auftrag der IHK für München und Oberbayern bestätigt nicht nur diese Forderung der Wirtschaft, sondern warnt ausdrücklich davor, dass eine weitere Verzögerung beim Netzausbau zur Teilung Deutschlands in zwei Strompreiszonen und somit zu noch weiter steigenden Strompreisen in Süddeutschland führen kann.

Rahmenbedingungen für das Verteilnetz verbessern

Neben dem Ausbau des Übertragungsnetzes ist auch die Ertüchtigung des Verteilnetzes notwendig, da sich dessen Rolle durch die Energiewende grundlegend ändert. Ein Großteil der dezentralen Erzeugungsanlagen sowie die zunehmende Versorgung neuer elektrischer Verbraucher und die voranschreitende Digitalisierung stellen das Verteilnetz vor neue Herausforderungen. Es müssen regulatorische Rahmenbedingungen geschaffen werden, die nicht nur den Verteilnetzausbau fördern, sondern auch Spielraum für neue Technologien, den Einsatz von Speichern, Flexibilitätsoptionen und Digitalisierung schaffen.

Europäischen Energiebinnenmarkt stärken

Neben dem innerdeutschen Netzausbau muss auch ein stärkerer Ausbau der europäischen Grenzkuppelstellen vorangetrieben werden. Die Studie des ifo-Instituts verdeutlicht, dass zur Senkung des Großhandelsstrompreises eine bessere Anbindung an den europäischen Energiebinnenmarkt und damit eine Vergrößerung des Angebots am Strommarkt sehr effektiv ist. Aufgrund der abnehmenden Leistung grundlastfähiger Kraftwerke profitiert zudem die Versorgungssicherheit in Deutschland von einem stärker vernetzten System.



IHK
München und
Oberbayern

Energieversorgung der Zukunft

Gaskraftwerke als Notfallreserve und zur Deckung der Grundlast erforderlich

Um die Zuverlässigkeit der Stromversorgung zukünftig sicherzustellen, sind Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) dazu verpflichtet, schnellstartbare Netzstabilitätsanlagen i. H. v. 1,2 GW in vier Regionen Süddeutschlands auszuscriben. Jedoch gibt es nicht genügend Bieter. Zudem verzögert sich der Bau der vergebenen Anlagen durch langwierige Genehmigungsverfahren. Um dem entgegenzuwirken, müssen die Verwaltungsverfahren in den Behörden beschleunigt und die Ausschreibungsbedingungen verbessert werden. Damit die Stromversorgung im Zuge des Kernkraftausstiegs sicher bleibt, ist der Bau dieser netztechnischen Betriebsmittel als Notfallreserve noch vor dem Abschalten der letzten Kernkraftwerke in 2022 erforderlich.

Erneuerbare Energien und KWK in Bayern stärken

Eine Studie des ifo-Instituts im Auftrag der IHK für München und Oberbayern untersucht verschiedene Zukunftsszenarien der bayerischen Energieversorgung im europäischen Kontext bis 2040. Aufgrund neuer elektrischer Anwendungen ist bis dahin mit einem steigenden Strombedarf um 25 % zu rechnen. Das Ergebnis zeigt deutlich, dass sich die Leistungssicherheit in Bayern durch den Ausstieg aus der Kern- und Kohlekraft in jedem Fall verschlechtert. Die verfügbare Leistung reicht in keinem Szenario aus, um den Eigenbedarf zu jeder Zeit vollständig zu decken. Die Leistungslücke beträgt bis zu 8 GW. Besonders in windarmen Abend- und Nachtstunden wird demnach zukünftig immer mehr Strom nach Bayern importiert. Um die energie- und klimapolitischen Ziele der Bundesregierung zu erfüllen, legt die Studie nahe, eine Kombination aus starkem Ausbau an erneuerbaren Energien mit dezentralen Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK-Anlagen) im Dienstleistungs- und Industriesektor zu verfolgen.

Ausbau grundlastfähiger Stromerzeugung und Nutzung von Flexibilitäten

In Bayern besteht noch ein erhebliches Potenzial zur grundlastfähigen Stromerzeugung mit erneuerbaren Energien. Ein Beispiel ist die Wasserkraft mit derzeit 13 % an der Bruttostromerzeugung. Ein begrenzter Ausbau ist möglich und sinnvoll. Umweltanforderungen müssen hierfür in einen angemessenen und praktikablen Ausgleich mit den Vorteilen dieser wertvollen erneuerbaren Energie gebracht werden. Die Rahmenbedingungen müssen von der Energiepolitik so gestaltet werden, dass ein sinnvoller Ausbau wieder möglich wird. Auch die verstärkte Nutzung verbrauchs- und erzeugungsseitiger Flexibilitäten kann zur Versorgungssicherheit beitragen und sollte stärker unterstützt werden.

Strompreise müssen gesenkt werden

Der Anteil aller Umlagen und Steuern am Strompreis liegt bei mehr als 50%. In den vergangenen Jahren hat sich allein die EEG-Umlage mehr als verdreifacht. Bisherige EEG-Reformen stoppten diese Kostendynamik nicht. Als Grenzland hat Bayern durch die höchsten Industriestrompreise in der EU bereits einen erheblichen Wettbewerbsnachteil. Konkret fordert die IHK daher sowohl die Senkung der Stromsteuer von 2 auf 0,05 Cent/kWh als auch die Streichung der EEG-Umlage beim Eigenstromverbrauch. Für die im globalen Wettbewerb stehende stromintensive Industrie in Bayern, ist ein Strompreis von 40 €/MWh gerade noch wettbewerbsfähig.

Ansprechpartner:

Dr. Norbert Ammann ☎ 089 5116 –1392 @ ammann@muenchen.ihk.de
Björn Athmer ☎ 089 5116 –1548 @ athmer@muenchen.ihk.de



ihk-muenchen.de



[/ihk.muenchen.oberbayern](https://www.facebook.com/ihk.muenchen.oberbayern)



[@IHK_MUC](https://twitter.com/IHK_MUC)



ihk-muenchen.de/newsletter



[xing.com/net/muenchenihk](https://www.xing.com/net/muenchenihk)



[/user/ihkfuermuenchen](https://www.youtube.com/user/ihkfuermuenchen)